

**Aus Hilflosigkeit zurück zu „links“ und „rechts“** 2

**Globalisierung: Chinas Löhne steigen auf Europa-Niveau** 4

**Die Amerikaner auf der Suche nach dem „American Dream“** 6

**Juncker: Fünf Varianten für den Untergang der EU** 8

**Griechenlands Vernichtung durch Austerität wird fortgesetzt** 10

**Schulautonomie unter der Knute von Agenten der Regierung** 12

**Abo-Service:**  
vvg@inode.at

**Jahresabonnement:**  
**Österreich: € 55,50**  
**inkl. MwSt.,**  
**außerhalb**  
**Österreichs: € 60,00.**

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.

Herausgeber und Chefredakteur: Ronald Barazon  
Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle 1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6  
Tel.: 00 43 1 523 74 56  
Druck: Robitschek, 1050 Wien.  
e-mail: vvg@inode.at

Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.



# Aus Hilflosigkeit zurück zu „links“ und „rechts“

Von Ronald Barazon

**D**ie Populisten profitieren von der weit verbreiteten Unzufriedenheit. Somit müssten die Ursachen der Unzufriedenheit analysiert und Möglichkeiten der Beseitigung untersucht werden. Davon ist wenig zu beobachten. Die Antworten lauten: „Es ist doch alles nicht so schlecht, seid nicht unzufrieden!“ Oder: „Es ist alles schlecht wegen der Rechten, also entdecken wir den Marxismus neu!“ Oder: „Es ist alles schlecht wegen der Linken, also betreiben wir Neo-Liberalismus!“ Oder: „Die Globalisierung ist an allem schuld, machen wir die Grenzen dicht. Protektionismus ist angesagt!“

## Es ist doch alles nicht so schlecht

Die beruhigende Botschaft hat ihre Berechtigung. Sie kann aber nicht ankommen, weil – der Wohlstand schon lange andauert und sich die gut situierten Nutznießer langweilen, – und die Verlierer über ihre schlechte Lage wütend sind. Somit hat die Unzufriedenheit eine breite Basis.

Für alle gilt: Die Veränderungen in der Gesellschaft und die fundamentalen technischen Neuerungen sorgen für dramatische Herausforderungen. Es dürfte also niemandem langweilig sein und es sollte jeder die beachtlichen Chancen erkennen und nützen.

## Die Faulheit regiert

Dass dies nicht geschieht, ist dem jahrzehntelangen Wohlstand geschuldet. Jene, die das gute Leben in die Gegenwart gerettet haben, erkennen nicht, dass es nur eine Frage der Zeit ist, wann die neuen Bedingungen auch ihr

wohliges Dasein in Frage stellen. Manche glauben, in der Pension geschützt zu sein, doch ist dieser vermeintlich sichere Hafen von der jeweils nächsten Reform bedroht. Die Verlierer reagieren erstaunlicher Weise ähnlich: Es war doch gestern noch alles in Ordnung, wieso gilt das heute nicht mehr.

Kurzum: Die Faulheit regiert.

## Die Antwort: Freiheit

Es gibt nur eine Antwort, die abertausende Antworten umfasst: Der freie Wettbewerb, die Öffnung der Märkte, Applaus für jene, die es wagen, und Verständnis für jene, die es wagen, aber nicht schaffen. Diese Botschaft ist für Politiker meist nicht nachvollziehbar. Zu lange hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dass ein Politiker die Bürgerinnen und Bürger versorgen müsse, dass diese „Schutzbefohlene“ seien. Das war immer ein Missverständnis. Die Gesellschaft kann und muss nur jenen helfen, die es nicht schaffen. Alle zu umsorgen, ist unmöglich, unsinnig und unwürdig.

In der aktuellen Situation des Wandels ist der Anspruch keinesfalls umsetzbar: Die Politiker können den Bürgern nicht das Erlernen neuer Fähigkeiten abnehmen und sie zu neuen, modernen Arbeitsplätzen geleiten. Sie können Beziehungsprobleme nicht lösen. Auch die Harmonie in den Familien vermögen Politiker nicht herzustellen.

## Die falschen Antworten

In einem Satz: Politiker sind nicht für die Lösung von Alltagsproblemen zuständig. Zuständig wären sie, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen sich die aktuellen Herausforderungen leichter bewältigen lassen. Also eine Politik, die die Freiheit und die Entfaltungsmöglichkeiten der Einzelnen begünstigt. Nun könnte man einwenden, dass wir im freien Westen in demokratisch-freiheitlichen Gesellschaften leben und es daher den Einzelnen ohnehin offen steht, die sich bietenden Chancen zu nützen. Somit müssten die Politiker weder als Beschützer auftreten und auch keine besonderen, neuen Rahmenbedingungen schaffen. Jeder und jede ist letztlich auf sich gestellt und soll selbst schauen wie sie oder er sich im Wettbewerb behaupten. Dass die Politik doch gefordert ist, ergibt sich aus den in alle Lebensbereiche eingreifenden Regelungen, die in den Jahr-